

„Auch bei Freispruch nur Verlierer“

Verteidiger im Wormser Kindesmißbrauchsprozeß zeigen sich von der Unschuld der Angeklagten überzeugt

Von unserem Redaktionsmitglied
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ – Auch im letzten Wormser Kindesmißbrauchsprozeß gegen elf Angeklagte zeigen die Plädoyers die sattsam bekannte Frontstellung. Während die Staatsanwaltschaft 15 Jahre Haft für die beiden Hauptangeklagten, einen 33jährigen und seine Ehefrau, und bis zu zehn Jahre für weitere neun Beschuldigte fordert, zeigten sich die Verteidiger gestern von der Unschuld ihrer Mandanten überzeugt. „Nehmen Sie ihr den Makel, und sprechen Sie die Angeklagte frei“, forderte Anwältin Gabriele Haas für die 32jährige Beschuldigte, der die Anklage 61 Mißbrauchsfälle vorwirft.

13 der ursprünglich 24 Angeklagten des Wormser Verfahrenskomplexes wurden im Dezember 1996 sowie im Januar und März 1997 bereits freigesprochen, teils aus Mangel an Beweisen, teils wegen erwiesener Unschuld.

Sturheit, Menschenfeindlichkeit und Wagenburg-Mentalität lauteten die Vorwürfe der Verteidiger Inke Stiefel-Bechdorf und Rüdiger Weid-

haas gegen die Staatsanwaltschaft: Die Ankläger seien immun gegen die Erkenntnis, daß die Tatvorwürfe im Laufe der mehr als zweijährigen Hauptverhandlung widerlegt oder zumindest nicht bewiesen worden seien. Die Anklage enthalte Verstöße gegen die Denkgesetze, etwa, wenn Kinder zum angeblichen Tatzeitpunkt eines Mißbrauchs definitiv an einem anderen Ort oder aber – in einem Fall – noch gar nicht geboren gewesen seien.

Einen allerdings eher befremdlichen Aspekt legte Verteidiger Theo Gradmann (Ludwigshafen) dar: Allen Angeklagten seien in ihren Mißbrauchshandlungen Sadismus, Pädophilie (Neigung zu Sex mit Kindern) und homo-erotische Verhaltensweisen vorgeworfen worden. Kaum vorstellbar, so Gradmann, „daß ausgerechnet in dem kleinen Worms so viele Menschen alle diese Abartigkeiten in sich vereinigt haben sollen“.

Eine Lawine sei losgetreten worden, als verfeindete Familienclans um das Sorgerecht für Kinder stritten und ein Kind erklärte, es habe einem der Angeklagten zwischen die Beine

fassen müssen. „Es war das Elend dieses Verfahrens, daß sehr früh nicht mehr gefragt wurde, ob es Mißbrauch wirklich gab, sondern nur noch, wer ihn begangen hat“, so Anwältin Haas. „Missionarischer Eifer, mangelhafte Ausbildung und maßlose Selbstüberschätzung“ hätten auf der „Ebene der Laien-Ermittler“ geherrscht, klagt Haas und meint damit vor allem die Kinderschutzorganisation „Wildwasser“. So seien Kinder einer suggestiven Befragungsmaschinerie ausgesetzt worden und hätten schließlich die von den Erwachsenen erwarteten Antworten geliefert. „Jeder von uns“, so Anwältin Stiefel-Bechdorf, „wäre da belastet worden; die Kinder haben nämlich gelernt: Je schneller ich bestätige, was der Erwachsene hören will, desto mehr hat der mich lieb, desto schneller kriege ich ein Eis.“

Im Grunde habe es zunächst überhaupt keine spontanen, zusammenhängenden Schilderungen von Kindern über Mißbrauch gegeben, meint Anwältin Haas, lediglich „Wortfetzen“. Irgendwann aber seien die Fäden bei Ute P. zusammengelaufen,

seinerzeit „Wildwasser“-Mitarbeiterin. Die P. sei überzeugt gewesen, daß es Mißbrauch gab. Sie habe die Kinder im Spiel mit anatomisch korrekt geformten Puppen und mit mißverständlichen Fragen – „Wer war noch dabei? Wer war böse?“ – so lange subtil beeinflusst, bis die Kinder „aufdeckten“. Liebe zu den Eltern sei – entgegen der Auffassung der Staatsanwaltschaft – kein Bollwerk gegen solche Suggestionen, denn die Kinder seien aus Problem- und Scheidungsfamilien gekommen und hätten bei der P. und später bei anderen Betreuern Halt und Anerkennung gesucht.

„Auch bei Freisprüchen gibt es nur Verlierer: Kinder, Eltern, auch die Staatsanwaltschaft“, so Verteidiger Christian Kusel. Als „letzte Möglichkeit zur Schadensbegrenzung“ richteten Kusel und sein Verteidigerkollege Weidhaas einen Appell an die Staatsanwaltschaft, „Lehren zu ziehen“. Gegen Freispruch-Urteile, so Kusel, solle keine Revision eingelegt werden; dann könne ein Familiengericht ehemals angeklagten, dann entlasteten Eltern ihre Kinder zurückgeben.

WZ 04.06.97